



Auf einem Auge blind

Die direkte Ablehnung des Gesetzesentwurfs der Initiative G9 im Schulausschuss der Bürgerschaft seitens der Schulsenatorin Ksenija Bekeris ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die sich über ein Jahr lang privat und ehrenamtlich engagierten und mit der Initiative rund 15.000 Hamburger Stimmen für eine Rückkehr zu neun Jahren Gymnasium vorlegen konnten.

Auf beeindruckend überhebliche Beamtenart ignoriert der Senat den Elternwillen und versucht, mit Zahlen und Kostenstrukturen die Unüberwindbarkeit der Hindernisse darzustellen, die diese Rückkehr mit sich bringen würde. Angesichts dieses Szenarios sei, so die amtierende Schulsenatorin, „eine Überforderung des Systems, ja sogar Chaos“ zu erwarten.

Die bis ins kleinste Rechen- und Zahlendetail geübten Fachexperten machen das auch seitens der Initiative durchkalkulierte Vorhaben zunichte, zeigen aber wiederum in einem anderen zahlenrelevanten Punkt, dass sich Zahlen durchaus auch – je nach Interesse – schönen lassen: Der im Schuljahr 2022/2023 angegebene Anteil ausgefallener Stunden betrage, so der Senat, 1,44 Prozent. Der nach Plan erteilte Unterricht lag allerdings bei nur 81,23 Prozent. Die Schulsenatorin beruft sich hierbei darauf, dass bei älteren Schülerinnen und Schülern ein Arbeitsauftrag erteilt werden könne, der aus Sicht der Eltern den tatsächlichen Unterrichtsausfall aber in keiner Weise reflektiert. Die Unterrichtsqualität ist hierbei überaus fraglich, die lange absehbare Problematik des Lehrermangels hat sich in den letzten Jahren zugespitzt und soll nun auf dem Rücken der Gymnasialschüler ausgetragen werden. Die Folge: G8 schließt systematisch Kinder aus benachteiligten und sozial schwachen Kontexten aus.

Unter diesen Umständen ist die Initiative G9 Hamburg bestürzt, wie die amtierende Bildungsministerin diese Probleme mit einem Satz wegdiskutieren möchte.

Kann es wirklich das erklärte Ziel sein, gute Bildung ans Einkommen der Eltern zu knüpfen? Wo bleibt hier der humanistische Gedanke? Die Frage stellt sich insbesondere deshalb, da Frau Bekeris nicht müde wird, ihre Vergangenheit als Sozialpädagogin und ihrem Schwerpunkt der Chancengleichheit zu betonen. Dass sie die Sorgen der Eltern also ernst nimmt, ist nur schwer ersichtlich.

Die knapp 15.000 Eltern, die ihren Unmut über die bestehenden gymnasialen Strukturen an die neue Schulsenatorin herangetragen haben, sind in der Anhörung seitens der Behörde und der Senatorin noch nicht einmal erwähnt worden. Und dass, obwohl Frau Bekeris in ihrem ersten Schulbrief an die Eltern erklärt, dass die Schulen den Raum dafür schaffen sollen, demokratische Strukturen kennenzulernen und Partizipation zu gestalten. „Zu erleben, dass meine Stimme etwas zählt, dass ich an Entscheidungsprozessen beteiligt werde, aber auch dass ich es aushalte, andere Mehrheiten zu akzeptieren. Das ist die Aufgabe von früher Bildung, aber auch von Schule, damit sich mündige Bürgerinnen und Bürger entwickeln, die später Verantwortung übernehmen.“

Der große Zuspruch, den wir im Rahmen der Volksinitiative auf unsere Forderung nach G9 an Gymnasien erhalten haben, ist natürlich nicht repräsentativ. Allerdings gibt es bereits zwei Umfragen, die das Stimmungsbild bestätigen und belegen, dass die derzeitige Situation eben nicht dem Bürgerwillen entspricht. So hat die doch sehr aussagekräftige Umfrage des NDR im Januar 2024 bestätigt, dass 75 Prozent der Befragten eine Rückkehr zu G9 befürworten.

Die von Bekeris angesprochene Wahlmöglichkeit, das Kind entweder auf eine Stadtteilschule oder aufs Gymnasium schicken zu können, ist in vielen Fällen gar nicht darauf beschränkt, sich für eine Schulform zu entscheiden. Vielmehr sind auch Schulwege, Freundschaften oder die Gefahr, auf einer gefragten Stadtteilschule möglicherweise keinen Platz zu bekommen, für die Entscheidung des Kindes oder der Eltern ausschlaggebend.

Bislang wurde kein Wort darüber verloren, dass der Lernstoff von neun in acht Jahre gedrängt wurde und welche Konsequenzen dies auch für die mentale und emotionale Entwicklung der Kinder hat. Was bedeutet denn die gymnasiale Schulform für die Hamburger Schulbehörde? Eine elitäre



Lehranstalt, in der unter Zeitdruck Inhalte auswendig gelernt werden? In der das Wissen hauptsächlich reproduziert wird, da für die Anwendung nicht mehr genug Zeit war?

Das Gymnasium entlässt zum Teil sogar minderjährige Schüler, die nach dem ganzen Stress erst einmal durchatmen und sich dann fragen, wie es weitergeht, denn schließlich ist jetzt die Zeit für ein Studium oder den Einstieg ins Berufsleben. Unterstützer der Initiative und besorgte Eltern sehen sich zum einen mit der Frage konfrontiert, ob das der Zustand sein soll, in dem sie einen Großteil der Jugendlichen ins Leben, in die hochkomplexe Welt loslassen möchten. Zum anderen entscheiden sich viele Abiturienten zunächst für ein Gap Year, da sie mitunter zu jung für einen Auslandsaufenthalt sind, keinen Ausbildungsplatz bekommen, in dem ein Führerschein eine Qualifikation darstellt und sich auch für die Universität noch nicht reif genug fühlen.

Wie kann da ernsthaft über eine Verlängerung des Schulfriedens gesprochen werden? Aus dem Reformierungsstress ist der Schulfrieden geworden. Eine berechtigte Kritik, wenn es um überdrehte Reformen geht. Aber die Gefahr besteht darin, sich mit dem Status Quo zu arrangieren. Wenn eine Reform nicht funktioniert, ist daraus nicht ausschließlich abzuleiten, dass die Idee falsch ist, Dinge zu ändern – vielmehr war dann die jeweilige Veränderung noch nicht die richtige. Der Schulfrieden hat letztendlich zu einem Reformstau geführt und sollte deshalb nicht einfach aus Bequemlichkeit weitergeführt werden.

Doch in dieser Hinsicht ist leider auch Bildungssenatorin Bekeris auf einem Auge blind. Es werden Konzepte hochgelobt, Statistiken beschönigt und schwelende Probleme sowie Sorgen der Hamburger Familien ignoriert.

Schulpolitisch ist auch in Bezug auf den Lehrermangel zu wenig unternommen worden. Dies jetzt als Begründung vorzuschieben, für Bildung nicht mehr Zeit einräumen zu können bzw. zu wollen, ist schlicht unverantwortlich.

Auch Raumprobleme sind nicht durch die Initiative neu entstanden, sondern durch sie nur sichtbar gemacht worden. Hier ist vor allem zu bedenken, dass es sowohl den Lehrermangel als auch das Raumproblem auch dann geben würde, wenn es aufgrund des Festhaltens an G8 nun doch immer mehr Anmeldungen an den Stadtteilschulen geben würde.

Es ist nun an der Zeit, umzudenken und das Ruder in die Hand zu nehmen! Hamburg begibt sich sonst auf dünnes Eis – auch im Hinblick auf das bundesweit einheitliche Abitur.

Es muss eine Veränderung stattfinden, angepasst an die Herausforderungen der Zeit, die sowohl der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft, Weltkrisen/Sorgen sowie den Nachwehen der Corona-Zeit Rechnung trägt.

Hierbei gilt es, das Individuum Kind in den Vordergrund zu stellen. Lernkonzepte für mehr Zeit bis zum Abitur zu entwickeln und Möglichkeiten zu finden, die Inhalte dem Lerntempo anzupassen.

Das starre Gerüst des G8 an Gymnasien ist ein altes Konzept, das sich nicht bewährt hat und von dem die meisten Bundesländer wieder Abstand genommen haben.

Ohne eine Neuausrichtung und eine Abkehr von G8 werden wir unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr gerecht. Weggucken, Schweigen und ein Schulfrieden, der Konzepte einfriert, können nicht die Lösung sein. Wir brauchen ein schnelles Einlenken der Politik. Nicht die Initiative G9 treibt das Schulsystem in ein Chaos – der Reformstau und das Ignorieren des Elternwillens wird das Fass zum Überlaufen bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Altenhofen
Eva Janew